

Enkelmann: Kein Verbot von CCS ohne öffentlichen Druck

VS 10.11.11

Gesetz zur unterirdischen Speicherung von CO₂ derzeit im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat

Altmark/Berlin (ue) • Das Gesetz zur Abscheidung und unterirdischen Speicherung von Kohlendioxid (CCS-Gesetz) wird jetzt im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat behandelt - Anlass auch für die Mitglieder der Bürgerinitiative (BI) „Kein CO₂-Endlager Altmark“, mit Aktiven ihre Ablehnung des Gesetzes deutlich zu machen. Zuvor hatten sich die Altmarker gemeinsam mit Initiativen aus insgesamt fünf Bundesländern mit einer offenen E-Mail an die Mitglieder des Vermittlungsausschusses ge-

wandt. Darin baten sie die Politiker, bei ihrer Meinungsbildung zu bedenken, ob CCS tatsächlich dem Schutz des Klimas diene. Die Aktiven stellen die Frage der Langzeitsicherheit ebenso wie die der Kosten und verweisen auf das Grundproblem, statt viel Geld in aus ihrer Sicht fragwürdige Technologien zu investieren, die Mittel besser für CO₂-freie Stromerzeugung zu verwenden. Mit dem CCS-Gesetz entscheide es sich, ob eine international übertragbare Energiewende gelingen kann, geben die Aktiven zu bedenken.



Christfried Lenz mit einem natürlichen CO₂-Speicher.



Mitglieder der BI „Kein CO₂-Endlager Altmark“ protestierten vor der Sitzung des Vermittlungsausschusses.